

# Amtliche Veröffentlichung

Behörde	Titel	Fundstelle
Umweltbundesamt	Bekanntmachung der Allgemeinverfügungen zur Einstufung eines Stoffes gemäß § 6 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom: 18.01.2024 Umweltbundesamt BAnz AT 27.02.2024 B8	BAnz AT 27.02.2024 B8

## Umweltbundesamt

### **Bekanntmachung der Allgemeinverfügungen zur Einstufung eines Stoffes gemäß § 6 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen**

**Vom 18. Januar 2024**

Gemäß § 6 Absatz 4 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) gibt das Umweltbundesamt seine Entscheidungen über die Einstufung von Stoffen und Stoffgruppen nach § 6 Absatz 1 und 2 AwSV sowie über die Änderung von Einstufungen von Stoffen und Stoffgruppen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 und 2 AwSV im Bundesanzeiger öffentlich bekannt.

§ 7 Absatz 2 AwSV über die Mitteilungspflichten bleibt davon unberührt.

#### **I.**

### **Allgemeinverfügungen**

Das Umweltbundesamt erlässt folgende Allgemeinverfügungen:

1. Der Stoff „Polymer aus Maltodextrin, Acrylsäure und (3-Methacrylamidopropyl)trimethylammoniumchlorid (mittlere Molmasse 6600 g/mol)“ wird unter der Kenn-Nummer 10802 in die Wassergefährdungsklasse (WGK) 1 eingestuft.
2. Die bisherige Einstufung des Stoffes „Polymer aus Stärke, Acrylsäure und (3-Methacrylamidopropyl)trimethylammoniumchlorid (mittlere Molmasse 6600 g/mol)“ unter der Kenn-Nummer 10802 in die WGK 1 vom 5. April 2022 wird für die Zukunft zurückgenommen.

Sachverhalt:

Das Umweltbundesamt hat den oben genannten Stoff auf Antrag neu bewertet und eine Änderung der Einstufungsbezeichnung vorgenommen.

Begründung:

1. Die Einstufungsentscheidung des oben genannten Stoffes beruht auf § 7 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 7 Absatz 2 AwSV. Danach hat das Umweltbundesamt die Befugnis, über die Einstufung von Stoffen und Stoffgruppen auf Grundlage eingereicherter Selbsteinstufungsdokumentationen von Anlagenbetreibern, die neue Erkenntnisse zu einem Stoff oder einer Stoffgruppe beinhalten, neu zu entscheiden und erforderlichenfalls eine Änderung der bisherigen Einstufung vorzunehmen. Mit Eintritt der formellen Bestandskraft der Einstufungsentscheidung gegenüber dem Antragsteller gibt das Umweltbundesamt diese Entscheidung sodann im Bundesanzeiger öffentlich bekannt, § 7 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 6 Absatz 4 Satz 1 AwSV.

Die Einstufung erfolgt auf Basis folgender Daten oder Erkenntnisse:

Die bestehende Einstufung erfolgte aufgrund der Bewertung für den Stoff „Polymer aus Maltodextrin, Acrylsäure und (3-Methacrylamidopropyl)trimethylammoniumchlorid (mittlere Molmasse 6600 g/mol)“. Die bisherige Einstufungsbezeichnung beschreibt nicht den eingestufteten Stoff. Sie ist chemisch nicht eindeutig. Mithin verstößt die bisherige Regelung gegen den Bestimmtheitsgrundsatz gemäß § 37 I des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG). Der Name der Substanz ist unter Beibehaltung der getroffenen Einstufungsentscheidung zu korrigieren.

Es wird angemerkt, dass die Einstufungsentscheidung mit Bekanntgabe im Bundesanzeiger zusätzlich über die Internetseite <https://webriigoletto.uba.de/rigoletto/> recherchierbar ist.

2. Die Rücknahme der bisherigen Einstufung des oben genannten Stoffes beruht auf § 48 Absatz 1 Satz 1 VwVfG.

Die in Nummer 1 aufgeführten neuen Erkenntnisse zu dem oben genannten Stoff haben dazu geführt, dass wir den Stoff nunmehr unter der Bezeichnung „Polymer aus Maltodextrin, Acrylsäure und (3-Methacrylamidopropyl)trimethylammoniumchlorid (mittlere Molmasse 6600 g/mol)“ einstufen. Die bisherige Einstufung unter der Bezeichnung „Polymer aus Stärke, Acrylsäure und (3-Methacrylamidopropyl)trimethylammoniumchlorid (mittlere Molmasse 6600 g/mol)“ ist damit rechtswidrig geworden. Die bisherige Einstufungsentscheidung kann zudem nur mit Wirkung für die Zukunft (ex nunc) zurückgenommen werden, da es sich um einen Verwaltungsakt mit Dauerwirkung handelt. Maßgeblicher Zeitpunkt ist damit das Wirksamwerden der Rücknahmeentscheidung durch öffentliche Bekanntgabe im Bundesanzeiger, § 43 Absatz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 4 Satz 1, 3 VwVfG.

## II.

### **Anordnung der sofortigen Vollziehung**

Die sofortige Vollziehung der in Abschnitt I verfüigten Allgemeinverfügungen wird gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.

Begründung:

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung beruht auf § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 VwGO. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung war im öffentlichen Interesse erforderlich. Die Einstufung der wassergefährdenden Stoffe hat unmittelbare Auswirkungen auf die Errichtung und den Betrieb von zulassungspflichtigen Anlagen. Daher ist im Sinne von Rechtssicherheit und -klarheit das öffentliche Interesse zu bejahen. Überdies dient die Einstufung der wassergefährdenden Stoffe gemäß § 1 Absatz 1 AwSV dem Schutz der Gewässer vor nachteiligen Veränderungen ihrer Eigenschaften durch Freisetzungen von wassergefährdenden Stoffen aus Anlagen zum Umgang mit diesen Stoffen. Durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung werden die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut geschützt. Somit dient die Einstufung der wassergefährdenden Stoffe dem effektiven Gesundheits-, Umwelt- und Ressourcenschutz und somit dem Schutz der Allgemeinheit. Das öffentliche Interesse, die Einstufung für sofort vollziehbar zu erklären, war somit höher zu bewerten als das Interesse an einer aufschiebenden Wirkung eines Rechtsbehelfs. Ein mögliches Rechtsbehelfsverfahren und ein sich mitunter anschließendes Klage- und Berufungsverfahren können sich über mehrere Jahre hinziehen, sodass der effektive Schutz der vorgenannten Rechtsgüter ohne Sofortvollzug nicht gewährleistet werden kann. Daher hat die sofortige Vollziehung ausnahmsweise Vorrang vor dem Abwarten bis zur Unanfechtbarkeit unserer Verfügung.

Auf Grund der Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ein Widerspruch oder eine Klage gegen die Allgemeinverfügungen keine aufschiebende Wirkung.

## III.

### **Bekanntgabe**

Die Allgemeinverfügungen werden mit Bekanntgabe wirksam. Die Bekanntgabe erfolgt am 15. Tag nach

Veröffentlichung im Bundesanzeiger, § 41 Absatz 4 Satz 3 VwVfG.

**IV.**

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die Allgemeinverfügungen kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Umweltbundesamt mit Sitz in Dessau-Roßlau eingelegt werden.

Dessau-Roßlau, den 18. Januar 2024

Umweltbundesamt

Im Auftrag  
Süßmilch